

Digital signiert durch DigiPol
Eingelangt: 19.06.2026 10:57
Aktenzahl: PGL-877218-2026-KGR/GAT
Geschäftsstelle Landtag, Gemeinderat,
Landesregierung und Stadtsenat
DigiPol-Nummer: 1.41

Beschluss-(Resolutions-)Antrag

der Gemeinderät*innen Theresa Schneckenreither, MSc (GRÜNE), David Ellensohn (GRÜNE), Mag. Barbara Huemer (GRÜNE), Mag. Ursula Berner, MA (GRÜNE), Johann Arsenovic (GRÜNE) und Georg Prack, BA (GRÜNE) zu Post Nr. 1 der Tagesordnung (Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Digitales (GFW)) für den Gemeinderat am 22.06.2026 - 23.06.2026.

Faire Beiträge von Vermögen – Alternativen zu Kürzungen systematisch prüfen

Im Rahmen der Beantwortung der Dringlichen Anfrage „Faire Beiträge von Vermögen jetzt – Kürzungswahnsinn im Wiener Budget ist nicht alternativlos“ wurde bestätigt, dass im Zuge der Budgeterstellung 2026 keine Berechnungen zur Einführung einer Leerstandsabgabe, einer Zweitwohnsitzabgabe oder einer Abschöpfung von Widmungsgewinnen durchgeführt wurden. Als Begründung wurde angeführt, dass hierfür kein politisches Commitment vorgelegen habe.

Gerade vor dem Hintergrund notwendiger Budgetkonsolidierungen erscheint es jedoch zweckmäßig, auch potenzielle einnahmenseitige Alternativen systematisch zu prüfen und deren Ertragspotenziale transparent darzustellen. Dies gilt insbesondere für Maßnahmen, die an Vermögen oder leistungslose Wertsteigerungen anknüpfen und damit einen Beitrag zu einer ausgewogenen Verteilung der Konsolidierungslasten leisten können.

Der vorliegende Antrag soll sicherstellen, dass dem Gemeinderat für künftige budgetpolitische Entscheidungen eine fundierte Entscheidungsgrundlage über mögliche vermögens- und immobilienbezogene Konsolidierungsmaßnahmen zur

Verfügung steht.

Die unterzeichnenden Gemeinderät:innen stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien folgenden

BESCHLUSSANTRAG:

Die amtsführende Stadträtin für Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Digitales wird ersucht, die rechtlichen, administrativen und finanziellen Voraussetzungen für die Einführung vermögensbezogener Konsolidierungsmaßnahmen im Wirkungsbereich der Stadt Wien zu prüfen und dem Gemeinderat bis spätestens Ende 2026 einen Bericht vorzulegen.

Dieser Bericht soll insbesondere folgende Maßnahmen umfassen:

- eine Abgabe auf mittel- und längerfristig leerstehende Wohnungen,
- eine Abgabe auf Zweit- und Freizeitwohnsitze,
- Instrumente zur Abschöpfung von Widmungs- und Aufzoningsgewinnen bzw. zur Beteiligung der Allgemeinheit an durch Widmungsentscheidungen entstehenden Wertsteigerungen.

Der Bericht soll insbesondere die rechtlichen Rahmenbedingungen, den erforderlichen Anpassungsbedarf auf Landes- oder Bundesebene, den administrativen Umsetzungsaufwand sowie das potenzielle Ertragsvolumen inklusive transparenter Berechnung der jeweiligen Maßnahmen darstellen.

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung dieses Antrags.

Wien, am 22.6.2026

Unterzeichner*innen:

Theresa Schneckenreither, MSc (GRÜNE); Johann Arsenovic (GRÜNE); Georg Prack, BA (GRÜNE); Mag. Barbara Huemer (GRÜNE); Mag. Ursula Berner, MA (GRÜNE); David Ellensohn (GRÜNE)